

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 38

30.12.1974 WÖCHENTLICH DM 0.50

Ob wir es 1975 schaffen werden, auf's richtige Gleis zu kommen?

INFO

MITTWOCHSPLENUM

PROTOKOLL 18.12.

Beginn 20.30

1.Organisatorisches
Das nächste Info soll noch vor Weihnachten erscheinen,6 Genossen haben sich für die Redaktion gemeldet ("voll kriegen wir's Info schon"). Danach ist eine Woche Pause,erstes Info im neuen Jahr am 5.1. Mittwochsplenum am 25.12.und 1.1. fällt aus !!

NÄCHSTES PLENUM am 8.1. 19.30 !!!

Der Inforaum muß renoviert werden : Regale aufbauen,Wände streichen,Wasserhahn reparieren etc.
Genossen,helft bitte am 30.12.(Montag) und 2.1.(Donneratag),um 14.30 Euer Schaden soll's nicht sein, abends gibts wohl einen Kasten Bier.

Die Gelder für die verkauften Infos fließen zu langsam zurück,zudem nicht vollständig.So liegt der Erlös von 1500 Infos zwischen 500 - 600 DM.Vorschlag zur Abhilfe: die Genossen strecken das Geld für die von ihnen abgeholten Infos vor.

2.Chile Komitee
Einem Teil der Auflage des letzten Infos lag ein Sonderdruck des Chile komitees bei.Das soll auch in Zukunft in einem ca.2 wöchigem Turnus beibehalten werden.
Ein Genosse des Komitees berichtete noch einmal über die geplanten Investitionen von Daimler-Benz in Chile.(vorerst in Höhe von 240 Mill. DM).Angesichts der "verzweifelten wirtschaftlichen Situation" und der politischen Isolation der Junta kommt diesem Vorhaben besondere Bedeutung zu.Hieran könnte endlich einmal die Interessenidentität von chilenischen und deutschen Arbeitern klargemacht werden,und zwar auf einer konkreten Ebene,die die abstrakte uneinsichtige Forderung der internationalen Solidarität verläßt.
Auf der einen Seite : Stabilisierung der wirtschaftlich-politischen Verhältnisse in Chile durch verstärkte Investitionen ausländischen Kapitals.
Auf der anderen Seite : durch verstärkte Produktion in "niedrig Lohn Gebiten" steigt gerade in der jetzigen Phase der Krise der Automobilindustrie die Gefährdung der Arbeitsplätze,der Druck auf die Löhne.
In der jetzigen Anlaufphase der Kampagne wird noch nach Kontakten zu Leuten von Daimler Benz gesucht.
Wer kann da behilflich sein ??

Das Chile Komitee ruft ferner dazu auf,an führende Leute der Militärjunta Briefe zu schreiben und zu fordern,daß Gefangene nach internationalem Recht vor Gericht gestellt werden.Das ist zwar nicht viel,soll aber verhindern,daß Gefangene spurlos verschwinden. (Die betreffenden Adressen müßten noch bekannt gemacht werden. !)

3. RAF Diskussion
Ein zusammenfassendes Protokoll dieser Diskussion ist nicht möglich,dazu gings thematisch zu wild durcheinander.Weder gabs einheitliche Vorstellungen (wenn überhaupt) über Funktion und Ziel der Diskussion,noch über das genaue Thema.Zwar war die Diskussion durch im Info erschienene Thesenpapiere etwas vorbereitet,doch da die meisten diese Thesen nicht gelesen hatten,gings ähnlich ab wie so oft.Formell gabs -zugegeben- einige Fortschritte : den ganzen Abend kaum Fluktuation,wie sonst,wenn dauernd die Tür auf und zu geht,Leute kommen und gehen;auch setzte nicht schon um zehne der große Abmarsch ein;fast alle blieben vielmehr bis zum Schluß. Die Diskussion lief jedoch ziemlich chaotisch ab : die meisten sagten das, was ihnen beim Thema RAF grade so spontan in den Kopf kam.Auf ein Statement folgte das nächste,meistens,ohne überhaupt auf die Worte des vorher sprechenden Genossen einzugehen.Entweder bloße Ablehnung der Position des anderen (wenns hoch kommt,ihn in drei-vier Sätzen vom Gegenteil überzeugen zu wollen,oder aber gleich den Kopf zu schütteln und zu denken :der Arsch hat doch keine Ahnung) oder aber (scheinbares) Aufgreifen der Gedanken des anderen,um seine eigenen Ausführungen damit zu schmücken.Jedenfalls scheint oft der einzige Zweck des Ganzen die Selbstprofilierung zu sein.Es gibt kein Näherkommen in der Diskussion,kein gemeinsames Ziel beim Diskutieren wie in der politischen Arbeit.Da die Basis des Mittwochsplenums nicht eine gemeinsame Arbeit ist,sondern,wenns hochkommt,

ein unverbindliches Treffen mit theoretischen Diskussionen,ist auch die Notwendigkeit nicht so groß,sich bei der Lösung der anstehenden Probleme näher zu kommen (jedenfalls subjektiv nicht)"Ob bei der Diskussion was rauskommt,bleibt sich eigentlich gleich,was der andere sagt,ist eh egal,Hauptsache,ich habe recht" usw.(Bei der derzeitigen Unverbindlichkeit und Ziellosigkeit ist es m.E.unmöglich,nutzvolle Diskussionen

zu führen,darum wahrscheinlich auch für viele sinnlos,beim Plenum dabeizusein.Das kann meiner Meinung nach nur geändert werden durch das Zusammenarbeiten in kleineren Gruppen, sowohl zu theoretischen,als auch praktischen Problemen.So hat sich die Vorbereitungsgruppe der RAF-Diskussion ,die sich 3mal traf,sehr bewährt.Die Diskussionen dort haben jedem jedenfalls wesentlich mehr genützt als das Plenum.Die Konstituierung von Arbeitsgruppen sollte in Zukunft konsequenter angegangen werden.)

Zum Inhalt der Diskussion :
a)"Was soll die Diskussion für 'ne Funktion haben?"
"Wir sollten ausgehen vom theoretischen Konzept der RAF und danach unser Verhalten zur RAF Politik bestimmen."
"Wir sollten daran das Verhältnis von legaler und illegaler Arbeit diskutieren."
"Man sollte sich nicht so sehr mit der Theorie der RAF beschäftigen,die ist eh falsch und in sich widersprüchlich.Man sollte die RAF an ihrer Praxis messen."
"Bloß keine Theoriediskussion."

b)von dieser Grundlage ausgehend begann dann die Diskussion.Ein Genosse berichtete von der Arbeitsgruppe.Er schlug die dort erarbeiteten Punkte als Diskussionsthemen vor :
Entstehung und Konzept d r RAF
Verhältnis der RAF zur Bevölkerung
" zur Linken
Unsere Solidarität mit der RAF
c)Frage der Militanz sollte nicht an der RAF geklärt und entwickelt werden,sondern aus aktuellen Kämpfen und Konflikten.Sie sollte konkret in jeder Situation geklärt werden und nicht allgemein.Milit.nz, Gewalt,sind immer nur eine Form des Kampfes,kann nicht den Inhalt ersetzen, wie ansatzweise bei der RAF,die ihre Strategie auf der Gewalt aufbaute,dem Konzept Stadtguerilla."
Der Gen.führte weiter aus,daß ebensowenig,wie ein vollständiger Verzicht auf gewaltsame Aktionen richtig ist, eine Verabsolutierung der Gewalt zum alleinseeligmachenden Kampfmittel richtig sein kann.Als Beispiel dazu wurde die Arbeit der Gauche Proletarienne in Frankreich angeführt.
Vor ein paar Jahren gelang es ihr noch, durch gewaltsame Aktionen zu bestimmten konkreten Anlässen (Fabrikbesetzungen,Einsperren von Direktoren) stärken Einfluß zu gewinnen.Heute haben sich diese Genossen mit ihren Aktionen selbst isoliert,auf grund der Arbeitslosigkeit in Frankreich gehen ihre Aktionen am Interesse,an den Problemen der Arbeiter vorbei.
d)"Ich meine jedenfalls,daß der bewaffnete Kampf hier und heute nicht auf der Tagesordnung steht."
e)"Das ist doch alles Quatsch,was ihr macht.Das ist wie in einem Theoriezirkel.Das hilft uns nicht weiter.Konkrete Sachen müssen diskutiert werden,wie der Hungerstreik. Alles andere sind nur akademische Fragen."
"Von diesem Theorieverständnis müssen wir endlich wegkommen,wir müssen auch mal grundsätzlich diskutieren,sonst fangen wir ewig wieder am Nullpunkt an."
"Es ist beschissen,wenn jedesmal Leute,die nur 1-2 mal beim Mittwochsplenum sind und dann wieder in der Versenkung verschwinden,alles umkrempeln wollen.Es war beschlossen,heute über die RAF grundsätzlich zu diskutieren."
f)Zur Entstehung der RAF
"Funktion der Politik der RAf war es,die Ohnmacht der Linken aufzuheben.Die Linke hat jedoch versagt."
Ein Genosse versuchte,die Entstehungsgeschichte der RAF herzuleiten,ihre Gedanken,Ideen als historisch bedingte zu erklären,sie auf ihren soziale n politischen Hintergrund zurückzuführen.Er wurde jedoch nach einigen Minuten unterbrochen.
Es muß gesagt werden,daß die Diskussion teilweise sehr unsolidarisch war.Oft wurden Genossen unterbrochen, deren Beiträge nicht gefielen,für zu lang gehalten wurden oder unwichtig erschienen.Später wurde dann ein Diskussionsleiter bestimmt.
g)"Die Faschismustheorie der RAF gleicht der der ML-er."
h)"Wenn bewaffneter Kampf Ausdruck von Massenbedürfnissen ist,ist er legitim.Bei der RAF war das nicht so,sie blieb als Avantgarde isoliert.Hinter bewaffneten Aktionen müssen doch schon Teile der Bevölkerung stehen.Die Aktionen müssen zumindest in ihrem Interesse sein."
Einwand:"Das sagt die RAF auch,daß sie im objektiven Interesse der Bevölkerung handelt."
i)"Der antiimperialistische Kampf ist nicht gedacht als Unterstützung der Betriebskämpfe.Das Proletariat hier ist viel zu korumpiert.Man kann nicht an den Interessen des nationalen Proletari- →

HEZ

Wie sich die K P D die "Volksdemokratie" vorstellt

Redaktionelle Mitteilung der "hez" (Heim u.Erzieher-Zeitung)

Auf der Redaktionssitzung am 17.12. wurde von der Mehrheit der Redaktion ein Ausschlußantrag gegen die KPD-Fraktion gestellt, der am.7.1.75 diskutiert und abgestimmt werden soll. Gleichzeitig wurde nach ausführlicher Diskussion mit Mehrheit abgestimmt, daß im Januar keine "hez" herausgegeben wird, sondern nur Informationen zur innerredaktionellen Situation zur Vorbereitung der öffentlichen Veranstaltung am 28.1. und dann vorliegende brandaktuelle Termine und Nachrichten verschickt werden.
Die Gründe für die Pause:
1.In der Redaktion finden Auseinandersetzungen um die Inhalte der "hez" statt (s.INFO 31), Das erstellte Grundsatzpapier muß von uns diskutiert, die weitere Arbeitsperspektive muß geklärt werden.
2.Wir wollen einen konkreten Informationsaustausch anleiern und eine öffentliche Veranstaltung machen. Konkreter Informationsaustausch heißt: Vertreter der "hez"-Redaktion gehen - wie früher einmal - in einzelne Heime. Die öffentliche Veranstaltung findet am 28.1. statt. Inhalte: Darstellung der Diskussionsabläufe in der Redaktion und der Vorstellungen über die weitere Perspektive.
3.Die "hez" ist bisher immer auf dem letzten Drücker erschienen, d.h. am Ende des Erscheinungsmonats. Der Wegfall der nächsten Nummer gibt uns die Möglichkeit, die Zeitung in der 1.Februarhälfte herauszugeben.

Nach dieser Abstimmung stellte ein Vertreter der KPD-Fraktion fest, daß sie alles daran setzen würden, im Januar eine "hez" herzustellen, bewußt gegen die Abstimmung handeln würden.Das war der Anlaß, eine Abstimmung darüber herbeizuführen, die Kartei und die Scheckbücher dem z.Zt. geschäftsführenden Ausschuß zur Verwahrung zu geben. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit - davon eine Stimme eines KPD-Sympathisanten - angenommen.
Reaktion der KPD-Fraktion auf diesen Beschluß war, am folgendem Abend die schon für den "hez"-Versand fertig addressierten Briefumschläge aus der Redaktion zu entwenden. Diese wollten sie nur im Austausch gegen die Kartei herausgeben.

Die Mehrheit der Redaktion wird sich an den Beschluß halten, im Januar nur Diskussionsvorlagen und aktuelle Nachrichten zu verschicken. Falls eine Zeitung in der Aufmachung der "hez" erscheinen sollte, ist diese nicht von der "hez"-Redaktion herausgegeben worden. Die nächste reguläre "hez" wird erst im Februar erscheinen.

"hez"-Redaktion

Vorangegangen war noch eine ähnliche putschistische Aktion der KPD-Fraktion:
Die Mehrheit der Redaktionssitzung vom 1o.12. mußte feststellen, daß die "hez"-Anzeige in dem in Frankfurt anläßlich des "Jugendpolitischen Forums" verteilten Flugblatt "Initiative für einen Bund sozialistischer Lehrer und Erzieher" von der Redaktion nicht beschlossen worden war.
Der Abdruck der "hez"-Anzeige in dem Flugblatt erweckt in seiner Anordnung den Eindruck, als ob die "hez" Initiator und Träger der Initiative sei. Dies ist nicht der Fall.
Das Vorgehen der KPD-Sympathisanten innerhalb der Redaktionsarbeit, die Anzeige ohne Absprache zu veröffentlichen, wird von der Mehrheit verurteilt.

Forts. Mipl. Protokoll

ats ansetzen,man muß international denken."
j)Diskussion über den Begriff "Volk"

4.Auf einer Stadtteilversammlung der SG Charlottenburg wurde beschlossen, statt Unterschriftensammlungen gegen die Isolationshaft,Karten an den Bundesjustizminister zu schicken.Das sollte in einer Kampagne noch vor Weihnachten geschehen.Der Großteil des Mittwochsplenums zeigte sich uninteressiert,hielt Unterschriftensammlungen und Karten verschicken für sinnlose politische Unterfangen.







FREUNDSCHAFTSVEREIN DEUTSCHER UND AUSLÄNDISCHER ARBEITNEHMER E.V.
PROJEKTGRUPPE 'M U K I'

1Berlin 37, 16.12.1974
Teltower Damm 266 a
tel.: 815 20 70

P R E S S E E R K L Ä R U N G

"...In seiner Sitzung vom 3.12.1974 hat der Unterausschuß nach eingehender Erörterung Ihres durchaus förderungswürdigen Arbeitskonzeptes beschlossen, dem Landesjugendwohlfahrtsausschuß zu empfehlen, den Multinationalen Kindergarten des Freundschaftsvereins deutscher und ausländischer Arbeitnehmer e.V. im Rahmen der Förderung von Eltern-Kinder-Gruppen und Sonderprojekten nicht zu fördern..."

So hieß es am 3.12.1974 lapidar in einem Schreiben der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport, Berlin an den Freundschaftsverein deutscher und ausländischer Arbeitnehmer e.V..
Der Multinationale Betriebskindergarten (kurz:MUKI) hatte schon vor Wochen kurz nach seiner Eröffnung am 1.8.1974 durch seine, bisher einmalige Charakteristika weithin Aufsehen und Interesse erweckt. Presse, Funk und Fernsehen berichteten über den ersten, in Eigeninitiative von Arbeitern, Studenten und Erziehern entstandenen und selbstorganisierten multinationalen Kindergarten, in dem u.a. durch ein eigens entwickeltes Konzept multinationaler Erziehung ein neuer Ansatz zur Integration und Emanzipation ausländischer Kollegen und ihrer Kinder geschaffen werden sollte.
Der übergroße Anklang, den der MUKI schon nach kurzer Zeit der praktischen Arbeit bei den Kollegen der einbezogenen Betriebe, der Bevölkerung, den Eltern der betreuten Kinder, unter weiten Teilen von Erziehern und Sozialarbeitern fand, berechtigte zu der Hoffnung, daß diesem Projekt bei all den zu überwindenden Schwierigkeiten zumindest von der Seite der staatlichen Stellen jede nur denkbare Unterstützung zuteil werden würde.

Dies bezog sich in erster Linie auf das Problem der Finanzierung. Der MUKI hat sich bisher ausschließlich aus privaten und Spendenmitteln finanziert. Bei den Mitteln, die ein solches Projekt mit seinen vielen speziellen Aufgaben und Problemen notwendig erfordert, war jedoch von anfang an klar, daß dies nur eine zeitlich begrenzte Lösung des "Geldproblems" sein konnte, da selbst bei noch so gutem Willen und noch so erfolgreichen Spendenaktionen es nicht möglich ist, jeden Monat wieder die erforderlichen ca. 10 - 12.000 DM zur Unterhaltung des MUKI selbst aufzubringen. Auf der anderen Seite ist die langfristige, politische Forderung des MUKI - volle Finanzierung des Betriebskindergartens durch die Geschäftsleitung - in den einzelnen Betrieben derzeit noch nicht durchsetzbar.
Aus diesem Grunde stellte der MUKI bei der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport den Antrag, im Rahmen des "Sonderprogramms für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen" als Sonderprojekt gefördert zu werden, da dies als die momentan einzig sinnvolle Sicherstellung der Finanzierung angesehen wurde. (Eine <u>evtl.</u> mögliche Förderung durch den Senat im Rahmen der Eltern-Kinder-Gruppen oder als Kindertagesstätte-Eigeninitiative, bei der ca. 2/3 der Finanzmittel von den Eltern und

dem Träger der Einrichtung aufgebracht werden sollen, wäre angesichts der oben angedeuteten Großenordnungen und sogar nach Aussagen der zuständigen Senatsstellen selbst für den MUKI lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.)

Der Unterausschuß des Landesjugendwohlfahrtsausschusses hat nun entschieden, den MUKI nicht zur Förderung zu empfehlen; "... nach eingehender Erörterung Ihres durchaus förderungswürdigen Arbeitskonzeptes..."(!) heißt es.

Begründet wird diese Absage mit der Begrenztheit der dem Senat selbst zur Verfügung stehenden Mittel und der "notwendigen Erarbeitung von Prioritäten".

Standen solche Überlegungen auch im Vordergrund, als es dem Senat um die über 2oo-Millionen Subventionierung des "Steglitzer Kreisel" oder anderer Spekulations- und Pleiteobjekte ging? Wurden Sparsamkeits-Argumente auch bedacht, als man sich entschloß, durch Kauf des Ku-Damm-Karrée -Grundstücks und durch Anmietung von Schulraum im Karrée zu jährlich 2,5 Mio DM dessen private Baufirma vor dem Konkurs zu retten? Oder als es um den nun auch in der Öffentlichkeit massiv infrage gestellten Ausbaus des Flughafen Tegel ging?

Stehen die Summen, die hier scheinbar problemlos aus den Steuergeldern aufgebracht werden können in irgendeinem Verhältnis zu der katastrophalen sozialen Versorgung der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen, vornehmlich den Arbeiter- und Ausländerbezirken, zu der vergleichsweise alsmosenartigen Förderung von ohnehin völlig unzureichend vorhandenen Kindergärten, Schülerläden, Jugendzentren z.B.???

Wir fordern den Senat auf, zu diesen Fragen Stellung zu beziehen, seine "Prioritäten" bei der Aufteilung unserer Steuergelder zu rechtfertigen, zu erklären, weshalb es auf der einen Seite Steglitzer Kreisel o.ä. auf der anderen Seite für tausende von Kreuzberger Kindern keinen Kindergartenplatz gibt!

Für die Eltern und Erzieher im MUKI steht weiterhin fest: Wir werden dieses bisher einzigartige Projekt, dessen erste Erfolge sich tagtäglich im kleinen Rahmen zeigen, nicht an formalen oder finanziellen Schwierigkeiten scheitern lassen! MUKI ist notwendig.

UNTERSTÜTZT DEN MUKI! GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Spendenkonto: Bank für Gemeinwirtschaft
Nr. 111o 147 6oo
Freundschaftsverein deutscher und ausländischer Arbeitnehmer e.V.

MEDIENARBEIT

Wir haben beim letzten Mediengr.treff festgestelt daß diese treffs wie sie bis jetzt gelaufen sind, nicht mehr den bedürfnissen der leute entsprechen die noch ab u. zu gekommen sind.

Im verlaufe der vergangenen treffs (seit letztem frühjahr),sind ein haufen vorschläge gemacht worden über das, was man als mediengruppe machen könnte. Dabei wurde von anfang an klar, daß die interessen der einzelnen medienleute oft sehr verschieden waren. So gab es zum einen die leute welche schon mit einem bestimmten medium arbeiteten u. die hatten vor allem das bedürfnis sich mit gruppen auseinanderzusetzen welche in einem ähnlichen medienbereich tätig waren(so z.b."Keule"u."Basisverlag"leute).Zum andern kamen zu diesen treffs leute,die allgemein, an medien interessiert waren u. was mit medien machen wollten.Aus diesen leuten bildete sich eine kerngruppe welche versuchte ein gemeinsames projekt auf die beine zu bringen.Es wurde der vorschlag gemacht eine "Diaton wochenschau"(so ne art "Info",aber statt Schrift, bild u. ton)zu machen die sich vor allem an Jugendliche richten sollte.Es waren auch genug leute da die an diesem projekt mitmachen wollten.Aber,dann kam der sommer.Anstatt klar und deutlich eine sommerpause festzulegen,beschloß die mehrheit, sich weiterhin zu treffen. Dadurch aber daß die meisten leute,zu verschiedenen zeiten, mal was anderes als berlin sehen wollten(bzw.urlaub oder ferien machten),kam es dazu daß zu den treffs nur wenige kamen,was wiederum zum allgemeinen frust führte.Das projekt schlief ein.Einzelne leute hatten angefangen eine diatonserie zu machen(so z. b. übers SJSZ),andere versuchten ein Medienarchiv anzuleiern.Die meisten leute blieben aber einfach weg(wie das bei den spontis Mode ist:"wenn der laden nicht so läuft wie sie sich das vorgestellt hatten,dann gehen sie aus der situation raus,anstatt was dazu beizutragen damit sich die situation ändert") Vereinzelte leute traffen sich noch ab u. zu, in der hoffnung die mediengruppe würde noch entstehen,oder besser ihre mediengruppe, denn jeder hatte andere vorstellungen über die funktion einer mediengruppe.Was vor allem nicht klar war,in welchem zusammenhang sollte diese gruppe arbeiten?Sollte sie selbstständig und schwerpunktmäßig mit einem medium arbeiten(so wie viele andere mediengruppen),oder sollte sie im festen zusammenhang mit dem Mittwochsplenum stehen?Letzteres würde bedeuten daß sich da eine gruppe befindet, welche bei aktuellen aktionen,sich darum kümmert wie man jetzt am besten mit bestimmten medien die aktion fördern kann(eine solcher versuch ist ansatzweise bei der "Chile-stadion"aktion u. bei der knastaktion gelaufen). Die leute einer solchen mediengruppe müßten sich gedanken darüber machen welche medien(video,foto,flubblätter, wandzeitungen,straßentheater..anstatt immer nur demos)am besten,u. an welchem ort,u. zu welchem zeitpunkt eingesetzt werden müßen,zum andern würde sich die gruppe um die beschaffung des materials sowie um die organisierung des ganzen, kümmern.Haupteinwand gegen eine solche gruppe:gefahr der spezialisierung, die gruppe wird zum dienstleistungsbetrieb.

Die andere möglichkeit besteht darin daß es nicht die mediengruppe gibt,welche mit dem M.P. zusammenarbeitet,sondern, die leute die mit medien arbeiten wollen, gründen eine neue mediengruppe mit einem best. schwerpunkt(video, theater..)oder integrieren sich in bestehende gruppen.Bei aktionen muß das M.P. dann an die einzelnen mediengruppen rantreten (wenn z.b. videoaufnahmen gemacht werden müßen)oder es gibt im M.P. leute(wie es bis jetzt oft der fall war)die selber mit medien umgehen können.Vor allem muß klar sein :wer welches medium bei welcher aktion benützt um zu vermeiden daß z.B. bei eine aktion mehrere leute fotografieren u. bei einer anderen niemand.Zum kontaktaufnehmen mit den mediengr., sowie zum besorgen von Medienmateria kann das medienarchiv(d.h.:ordner wo mediengruppen u. ihr material vermerkt sind)benutzt werden.

Die nächsten medientreffs solle vorerst nicht mehr, das treff der Mediengruppe sein, sondern treff von leuten die mit einem medium arbeiten u. erfahrungen austauschen wollen (z.b.an einem treff mit Videogruppen sowie leute die infos über eine best mediengr. od. medienarbeit haben wollen, oder leute die eine neue gruppe bilden wollen u. noch mitarbeiter suchen.Die treffs werden von den medienarchiv leuten organisiert (d.h.:termin festlegen,gruppen anquatschen..)

Nächster treff findet Anfang Januar statt(genauer termin kommt später)

THEORIEGRUPPE

Wir treffen uns am Sa., 4.1.75 um 14.3o bei Antje. Themen: Warenfetischismus u. im Politikon: Die Angst, die aus der War kam.

VERTEIDIGUNGSKOMITEE IN BERLIN AM 19.12.1974 GEGRÜNDET

Am Donnerstag, 19.12.1974, trafen sich gut 6o Verteter politischer Organisationen und Einzelpersonen im Ring Politischer Jugend. Sie waren - wie alle Gewerkschaften, Parteien, Berufsgruppen und interessierte politische Gruppen und Einzelpersonen - von 2o Berliner Strafverteidigern in einem "Aufruf zur Gründung eines Verteidigungskomitees" eingeladen worden. In dem Aufruf war über die geplante Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten im Strafprozeß hingewiesen worden, die sich nicht nur gegen Angeklagte und Verteidiger in den RAF-Prozessen richten, sondern auch jede andere politische Opposition bedrohen. Ziel des Verteidigungskomitees sollte sein:

1. Verhinderung der geplanten Gesetzesänderungen,
2. Kampf gegen jetzt schon praktizierte Eingriffe und Maßnahmen gegen eine rechtsstaatliche Verteidigung,
3. Organisierung von Öffentlichkeit und öffentlichem Druck, insbesondere Vorbereitung von Maßnahmen für den Fall, daß die geplanten Gesetzesvorhaben Wirklichkeit werden.

Am 19.12.74 waren die Gesetze schon Wirklichkeit: durchgepeitscht innerhalb von 14 Tagen durch Bundestag und Bundesrat. Zur Diskussion standen deshalb in erster Linie Punkt 2 und 3.

Wie nicht anders zu erwarten, mußte zuerst 2 Stunden lang über die Formulierung in der Plattform diskutiert werden. KPD, Rote Hilfe e.V. und GIM wollten, daß eindeutig die Arbeiterklasse als eigentliche Addressaten der Maßnahmen genannt würden, daß man den Begriff "Rechtsstaat" ersatzlos streichen sollte, da er nicht mehr existiere, und daß man die SPD-Regierung als Gegner nennen solle.

Die dementsprechenden Änderungsvorschläge wurden von der Mehrheit der Anwesenden (SAZ, Komitee gegen Folter, Rote Hilfe Westberlin, Langer Marsch, fast alle Anwälte und einzelne, z.B. Vertreter der unabhängigen Ärztegruppe und Beobachter der Liga für Menschenrechte) abgelehnt. Man solle nicht in den üblichen Fehler verfallen, ein "allround-Komitee" (Kampf gegen jeden Abbau demokratischer Rechte an allen Fronten) auf winziger Basis (Parteikommunisten und Unterorganisationen) zu gründen. Es gehe darum aus einem nicht ganz konkreten Anlaß nicht nur Kommunisten und Sozialisten, sondern auch Demokraten und die - geschwächten - Restbestände der liberalen Öffentlichkeit zusammenzubringen. Außerdem sei der Aufruf weder Analyse noch Analyseersatz. Das Verteidigungskomitee solle vielmehr erst die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, daß über den Charakter der neuen Repressionsmaßnahmen diskutiert und in Einzelfällen - bei RAF-Prozessen ebenso wie bei Prozessen gegen streikende Arbeiter - den politisch Verfolgten effektiv Unterstützung und die Möglichkeit gegeben wird, sich politisch zu äußern und zu verteidigen.

Der Rest der Zeit reichte gerade noch einen Ausschuß zu bestimmen, der Vorschläge ausarbeiten und das nächste Komitee-Treffen in der Woche nach dem 5.1.75 einberufen soll. Der Ausschuß setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der SAZ, der Roten Hilfe e.V., der Roten Hilfe Westberlin, der Ärztegruppe, des Komitees gegen Folter, des Republikanischen Clubs und der aufrufenden Rechtsanwälte.

Am Schluß wurden nur noch Vorschläge gesammelt, aber nicht mehr diskutiert:
- Zeitungsannonce
- Veranstaltung über das Gesetz und die vorbereitende staatliche Kampagne
- Kontaktaufnahme mit fortschrittlichen Journalisten bürgerlicher Zeitungen
- Veranstaltungen im Stadtteil
- Vorbereitung der in nächster Zeit notwendig werdenden Unterstützungsaktionen durch die Anwälte
- detaillierte Stellungnahme zu Korber-, Maihofer- und Bender-Dokumentation
- Veröffentlichung der Rechtfertigungsschriften in den SPD-Ausschlußverfahren
- Kontaktaufnahme zu dem am 14.12.74 gegründeten Internationalen Komitee zur Unterstützung der Politischen Gefangenen in der BRD

Als Kontakttelefon stellte sich ein Anwaltsbüro zur Verfügung: 691 2o 92

Buchtip: lest "Brennende Ruhr" Roman über den Arbeiteraufstand während des Kapputsches

Machen wir uns doch nichts vor Genossen !

oder:

Vörwärts im geiste von willy horlem
vörwärts mit der roten hilfe e.v.
blufft - rote helfer !

Wenn ich im folgenden stellung nehme zum prozessbericht in INFO 37, so tue ich das um mal wieder exemplarisch RH ev -solidarität aufzuzeigen, wie man als roter vereinshelfer rote hilfe schafft, unter dem motto : ist die rote hilfe ev dabei, bekommen wir die genossen frei. Da noch immer genossen (auch spontis) auf den bluff hineinfallen, scheinen mir einige bemerkungen zum prozess gegen den genossen wonzelmann von nöten.

Zwei dinge möchte ich richtigstellen:

These 1 der RH ev : 5o genossen sind zum prozess erschienen, weil sie (oder besser deren ortsgruppe kreuzberg - man habe die 5% der KPD bei den wahlen 75 im hinterkopf) diesen prozess politisch vorbereitet und eine solidaritätsbewegung entfacht haben.

These 2 der RH ev : der freispruch des genossen ist das ergebnis der "breiten" solidarität.

Ich beziehe mich bei meinen aussagen auf das orginal des RH ev flugblattes - der prozessbericht ist nur ein auszug von diesem Orginalzitate habe ich mit "..." gekennzeichnet.

Zur 1.these :

"Dieser prozess war gut vorbereitet. Er wurde unterstützt von der ortsgruppe kreuzberg der roten hilfe ...(es folgen die aktivitäten)... Dies hatte zur folge, daß etwa 5o genossen ..."

Richtigstellung : Weniger als die hälfte der anwesenden genossen wareh zu diesem prozess gekommen, sie warteten auf einen nachfolgenden gegen einen PH-genossen (anklage wegen aktivitäten gegen den löfflerplan)

Untar den restlichen 2o genossen waren sicherlich auch nur der kleinste teil aufgrund der RH ev aktivitäten erschienen. Einige waren aufgrund des prozesstermins im INFO erschienen. (dies soll keine INFO- überschätzung sein - aber gesagt werden muß es doch) Wenn die RH - genossen es nicht fertig gebracht haben mehr als 1o genossen zu mobilisieren ist das ein armutszeugniss ihrer agitation, - jedenfalls kein erfolgreiches ergebniss.

Zur 2. these :

"Kämpfen und siegen, daß unsere solidarität er vermag, der klassenjustiz niederlagen beizufügen erlebten wir."

So einfach ist das also: Auf der einen seite die klassenjustiz mit ihren richtern, bonzen, bezahlten zeugen (polizei) und den anderen lakaien; auf der anderen seite die arbeiterklasse, ihre partei und unsere solidaritätentfacht durch die roten vereinshelfer. Es liegt neben der überschätzung ihrer selbst der weitere fehlschluß bei den ML- helfern zu grunde , daß es d i e klassenjustiz gibt (also einen einheitlichen geschlossenen block ohne widersprüche in den eigenen reihen) - immer volksfeindlich, nichtmal mehr die demokratischen rechte anerkennend. Hier nach ist die selbstüberschätzung der RH ev nur logisch : wenn es mal etwas gerecht zugeht, liegt das an der "breiten solidaritätsbewegung".

Meiner meinung war es nicht die solidaritäts bewegung die zum freispruch geführt hat, in diesen prozess war es schlicht die unfähigkeit der polizei eindeutige, d.h. zweifelsfreie aussagen zu machen, die absprache unter den bullen hat nicht geklappt. Ein weiteres moment sehe ich im richterder sich in diesem prozess an den grundsatz gehalten hat : Im Zeifelsfalle für den angeklagten.- Diese haltung ist jedoch sicherlich nicht das ergebniss des vorhandenseins von 22 genossen im gerichtssaal bzw. des schlußworts des angeklagten genossen " über die zusammenhänge dieser justiz". Die genossen wußten das schon vorher, der richter und die scöffen wollten lieber essen gehen, die zwiegespräche unter ihnen deuteten auf abwesenheit hin.





SCHLUß: Aus obigen soll nicht gefolgert werden, daß solidarität , und zwar praktische , d.h. mann geht zu prozessen, unnütz ist , daß die öffentlichkeit bei prozessen unwichtig ist. Im gegenteil, wir sollten zu viel mehr prozessen gehen, aber nicht nur zu den sog. politischen, - auch ein "ganz normaler knacki" + freut sich wenn er sieht, hinten sitzen leute die sind auf meiner seite, dies finde ich [redacted] das wichtigste ergebniss der solidarität mit angeklagten.*, es ist nämlich ungemein beschissen wenn du ganz allein vor diesen typen stehst, wenn es keine leute gibt die sich gemeinsam mit die über sauereien von oben ärgern, die sich mit die freuen wenn es zum freispruch kommt.

DAHER: **veröffentlicht prozesstermine**

geht zu prozessen

- und das nicht "nur" aus solidarität, denn man kann dort auch was lernen, mal mitverfolgen [redacted],was das heißt :klassenjustiz
- und manchmal auch etwas angst verlieren [redacted], auch wenn freisprüche immer seltener werden.

+ von dem genossen dem der erste bulle als angeklagten erkannt hatte

* Rechtsanwaltbeschaffung ist natürlich das allerwichtigste

Hausdurchsuchungen - Festnahmen - Aussagen [redacted]

Hausdurchsuchungen und Festnahmen gehen auch nach der Winterreise weiter.

Es ist wirklich eine mittlere Katastrofe, daß die Genossen immer noch nicht kapiert haben, daß man bei der Polizei keine Aussage macht. Weil die Polizei es nichts angeht, was in der Linken vor sich geht. Mancher ist unheimlich stolz, was er den Bullen alles vorgemacht hat und merkt doch nicht, daß nicht er die Bullen, sondern die Bullen ihne eingemacht haben. Mancher kommt ins Schlottern, wenn er als Verhaftungsgrund "Beihilfe zum Mord" (Drenckmann) liest, versucht einen möglichst guten Eindruck zu machen, indem er redet.

Wenn man die Aussage verweigert, ist man ja fast ein Baader-Meinhof-Verdächtigter, denkt er, und reißt sich mit aussagen raus, indem er andere reinreißt. Da kann man ruhig mal die Zähne zusammenbeißen - auch wenn man nicht nach 48 Stunden entlassen wird - um andere nicht reinzureißen. Auch das gehört zum Kampf, daß man das kann.

Die Bullen arbeiten natürlich mit Tricks, die einen verunsichern.

Beispiele (aus jüngster Vergangenheit)

Sie verhaften jemand als Beschuldigten: Als Beschuldigter kann er jederzeit die Aussage verweigern. Dann sagen sie: Wir vernehmen sie als Zeuge.. Als Zeuge kann man die Aussage nur v verweigern, wenn man sich damit selbst belasten würde. Das gibt niemand gerne zu. Es ist aber nur eine Formalität, ein Spruch, aus dem nichts weiter folg

.. Ohne Rechtsanwalt sollte man sowieso keine Aussage machen. Man kann es auch ablehnen, sich von der Polizei verhören zu lassen, und eine richterliche genehmigung beantragen, zu der dann auf jeden Fall ein Rechtsanwalt hinzugezogen werden muß.

Ein guter RA wird einem auch normalerweise zur Aussageverweigerung raten. Manche raten einem je nach Fall zu einer begrenzten Aussage. Wenn man nämlich wirklich mit der Anklage etwas zu tun hat, bzw. Beweise vorliegen, muß man unter Umständen eine plausible Erklärung dafür finden. Sie sollte aber auf jeden Fall so eine sein, daß sie die Sache nicht auf einen anderen abwälzt. Im Grunde ist es jedoch auch hier besser, die Aussage zu verweigern und sie auf ihren Beweisen schmoren zu lassen.

Was zählt, ist nur, was man einem beim Prozeß ein deutig nachweisen kann, nicht ob man bei den Bullen den Eindruck vermitteln konnte, nur ein Liberaler zu sein.

Es ist deshalb besser, die Aussage zu verweigern, weil es sehr schwierig ist, abgerundete Geschichten zu erzählen.

Die Bullen fragen zum Beisp: 'Kennen Sie den und den?' Du sagst Nein, weil Du den Typen draußen lassen willst. Da halten sie dir vor, daß du doch neulich das und das mit ihm gemacht habest. Vielleicht ist es einfach gelogen, vielleicht haben sie dich aber auch vorher beobachtet. Du kommst ins Schleudern.

Es muß auch klar sein, daß die Bullen wirklich lügen, fälschen und betrügen

So legen sie zB., wenn sie über einen Typen, den du kennst und über den sie was wissen wollen, eine Aussage vor, die angeblich von ihm selbst stammt., daß er das und das richtig findet, zB. RAF oder so. Du fällst drauf rein und sagst - glaubst ihn zu retten - na so schlimm ist er ja auch nicht und erzählst eine etwas günstigere politische Geschichte über ihn. Das ist es, was sie wollen.

Von der äußeren Form ganz zu schweigen, mit der sie dich bestechen oder erpressen wollen. Kaffee, Kuchen, Zigaretten etc. - oder eben keine. Manche Bullen weisen auch auf ein Holger Meins Plakat an der Wand ('EinGenosse ist tot) und sagen: Dufte, was der gemacht hat. Würden Sie's machen??Wer fällt da denn noch drauf rein!(hicks)

Es gibt viele Tricks. Man fällt auf keinen rein, wenn man sich hinter die Ohren schreibt:

1) Aussage verweigern
2) Auch (mehr) als 48 Stunden Knast kann man mal aushalten
3) Wohnungen sauber halten, damit einem niemand was anhämgen kann
4) Zu einem Genossen-Anwalt Kontakt aufnehmen



KPD UND WAHLEN

Was den Artikel im letzten INFO (S.11) betrifft, so muß ich selbstkritisch ein gestehn, der Vorh(a)ut der Arbeiterklasse zuviele Vorunterschriften aufgebürdet zu haben!
Unter der Last von sage und schreibe 80 Unterschriften wäre sie in der Tat zusammengebrochen und eine leichte Beute der herrschenden Klasse geworden.
Glücklicherweise sind es in Wirklichkeit jedoch nur 40 pro Wahlkreis - ein schönes Stück Arbeit, das da freudig und unverzagt stellvertretend für das Proletariat in 80 Wahlkreisen geleistet werden muß: 3.200 insgesamt.
Gelingt es in einem Wahlkreis nicht, die erforderliche Zahl der Unterschriften beizubringen, so kann die KPD nicht für die entsprechende Bezirksverordnetenversammlung - entspricht etwa dem Gemeinderat in der BRD - kandidieren.
Tritt dieser Fall z.B. in Kreuzberg ein, so kann die Partei ihr erklärtes Wahlziel (5% der abgegebenen gültigen Stimmen und 2-3 Sitze in der BVV) dort nicht mehr erreichen.
Insgesamt kann man davon ausgehn, daß die KPD c. 3.000 bis 4.000 Stimmen bekommen wird - hauptsächlich von Leuten, die früher die SEW gewählt hätten, nun aber den Revisionisten-Kackern mal eins auswischen wollen !
Daran entzündete sich auch die Diskussion: billigen wir den einfachen KPD-Genossen einen Lernprozeß zu, so war der Punkt strittig, an dem dieser Prozeß beginnen könnte. 1.Möglichkeit: wir verweigern den Typen die Vorunterschrift, um ihnen die geringe Zahl der Unterschriftswilligen vor Augen zu führen. 2.Möglichkeit: wir leisten die Unterschrift, um ihnen die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen. Danach werden evtl. ein paar Genossen anhand des schlechten Abschneidens ihrer ruhmreichen Partei einiges mitkriegen und den ganzen Schwachsinn von Wahlen in der bürgerlichen Gesellschaft endlich erkennen.
Im übrigen bin ich der Meinung, daß Urnen auf den Friedhof gehören!

Euer Fidel





WIR MÜSSEN ZU UNS FINDEN!

Ich möchte dem Genossen antworten, der den Artikel "wir wollen alles-aber umsonst" geschrieben hat. Ich finde die Gedanken des Genossen im Prinzip richt möchte seinen Ausführungen aber einige Aspekte hinzufügen.
Unter dem Sammelbegriff "Spontis" versammelt sich ein Sammelsurium von irge wie anpolitisierten Leuten, die im Grun de ganz erhebliche Differenzen haben in ihren politischen Ansichten. War der Name zunächst ein Spottname der ML-Genossen für Antiautoritäre, der die vermeintliche Konzeptionslosigkeit und Perspektivlosigkeit kritisierte, so wur de er eben von den Spontis auf die Dau er durchaus mit positiven Werten beset
Als Spontis bezeichnen sich heute sehr viele Genossen/-innen ,die durchaus keine inhaltliche Klarheit darüber hab was sie wollen. Man ist halt irgendwie antiautoritär eingestellt(theoretisch zumindest!!), findet aus welchen Gründe auch immer die ML -Organisationen Scheiße. Dabei wird häufig mangelnd Theorie und mangelnder Durchblick kaschiert durch verschwommene, saloppe Sprache. So wird von Knast-"geschichten von "Schoten", "Kisten", "Frust" und von "Freaks" geredet(wobei ich die meisten Genossen ganz und gar nicht als Freaks einschätzen würde)in einem Jargon, der die Not der inhaltlichen Unklarheit und Verschwommenheit durch scheinbare Lockerheit des Ausdrucks in die Tugend des nicht akademischen Sprachstils und eines vermeintlichen "Ausgeflipptseins verwandeln soll. Ich stelle immer fest, daß wir alle erschreckend schlecht inf formiert sind und unfähig, außerhalb un serer Schallplatte, die jeder so drauf hat, (von Emanzipation ect.) auf Fragen klare Antworten zu geben. Wir greifen uns an den Kopf, wenn wir von Kampagnen und dem Verhalten der ML-Genossen höre fühlen uns irgendwie emanzipierter und drücken uns durch dieses Aufgeilen davor, diese praktisch zu widerlegen.
Das Verrückte dabei ist eigentlich, daß wir auf diese Tour diese Gruppen viel wichtiger nehmen, als sie im Grunde sin Daneben stelle ich bei vielen Spontigenossen ein hohes Maß an Arbeitsunfähigkeit fest, die gerechtfertigt wird durch: "weniger rigide Arbeitsmoral". Außerdem machen wir uns was vor, was un sere Emanzipation angeht! Wir sonnen uns oft in einem vermeintlich häherem Maß an Selbstverwirklichung, problemati sieren Entfremdung ect., lösen aber

faktisch kaum unsere Ansprüche ein. Die Spontiscene vermittelt neuen Genossinnen/-en durchaus nicht eine Athmosphäre der Solidarität, der Offenheit, Direktheit und Wärme sondern sehr oft der Kälte, Konkurrenz und Arroganz. Die Selbstgefälligkeit verhindert dabei ein echtes Weiterkommen, eine Öffnung für neue Anregungen, Kritik und Phantasie!
Nebenbei: die Tatsache, daß wir etwas besser psychologisieren können (uns gegen Anforderungen durch psycholog. Wissen besser abpanzern können) und vielleicht schon mit einigen Typen/Frauen mehr gefickt haben, bedeutet noch nicht, daß wir befreiter sind. Zum Teil sind unsere Probleme durch unser Spontigehabe nur verbrämter, also weniger offensichtlich und daher angreifbar. Echte Emanzipationsschritte haben nicht Arroganz zur Folge, ganz im Gegenteil.
Die Unzuverlässigkeit und die gewisse Distanz zur kontinuierlichen pol. Arbeit (es sei denn, es ist irgendwo etwas irre Duftes los! - dann flippen die Genossen dort nur so hin! - da muß man sich sehen lassen!) gehört offenbar auch zur Spontiattitüde. - Jeder will dufter sein als der andere: militanter, freier, proletarischer, sensibler, radikaler, ausgeflippter(!) ect.
Offenbar fühlen wir uns noch zu wohl in unserer beschissenen Spontisituation - anders kann ich mir das Desengagement der vielen nicht erklären.
Ich will hier nicht dem blinden Eifer das Wort reden, wir brauchen auch Zeiten der Entspannung und Sammlung, müssen auch malwieder Abstand zu unserer Praxis haben, um zu Uns zu finden und Borniertheiten zu vermeiden! Aber Sattheit und Trägheit, gekoppelt mit Selbstgefälligkeit, bringen uns nicht weiter, so machen wir uns nur etwas vor!
Wir müssen unsere falschen Verhaltensweisen preisgeben (praktisch angehen), indem wir sie dort kritisieren, wo sie auftauchen!

Ab 1. Januar wird vieles anders

Entgegen ihrem Anspruch kann die Spontilinke zum Problem der revolutionären Gewalt nur allgemein Stellung nehmen. Offensichtlich gibt es bisher kaum Erfahrungen, die eine konkrete Meinung ermöglichen. So stülpen sich viele das Kostüm der RAF über, verbreiten vom schreibtisch aus ewige Wahrheiten, andern tut sich dabei freilich nichts. Einzig die Gruppe KLASSENKAMPF zeigt, wie es auch geht. Sie kritisiert den Brandanschlag auf Hubers Auto, weil er den Genossen im Betrieb von aussenstehenden Genossen einfach vor das Tor geknallt wurde.
Unter diesen Umständen sollten wir besser uns dort, wo wir leben und arbeiten, um die Förderung einer politischen Basisbewegung bemühen. Ohne solchen Ausgangspunkt bleibt jede Äusserung zur Gewalt Phrase, weil es ja um Veränderung herrschender Verhältnisse geht und nicht um Feststellung ewiger und deshalb hohler Wahrheiten. Und Solidarität mit den gefangenen genossen ist wohl auch nurdurch eine wirkliche Bewegung möglich.
Zur Zeit ist in Berlin Wahlkampf, viele Bürger fühlen sich von wachsender Arbeitslosigkeit, steigenden Lebenskosten und dem Entfallen angekündigter Verbesserungen bedroht. Teilweise hat sich dieses Unbehagen in Arbeitskreisen, Initiativen und Kirchgemeinden organisiert. Nach wie vor leben alte Leute, Gastarbeiter und Kinder unter elenden Verhältnissen.
Völlig abgehoben davon diskutiert die Spontilinke. Bei der Schwäche der Linken, wo gelang es uns, den Menschen zu ihren Bedürfnissen gegen den Staat zu helfen, ist viel Arbeit nötig, die wir ja selbst machen müssen, auf Parteien und Gewerkschaften können wir ja nicht vertrauen. Andernfalls dürfte noch die CDU den ganzen Protest einsacken.
Wir müssen mal wieder über unsere Erfahrung Aktivitäten und Bedürfnisse berichten. Sprechen wir von uns, unserem Wohngebiet, unserem Arbeitsplatz.



Flott, Flott
Neuköllner Genossen



INFO-ENTWICKLUNG

Stellungnahme zur Info-Entwicklung, RAF...

Also, so langsam steigts einem bis zum halse hoch: Raf - hungerstreik - raf. Es gibt wohl nichts anderes mehr zu berichten als dieses thema? Ich schlage vor, den infonamen in "Rafinfo" umzubenehnen, dann weiß man wenigstens, wo man dran ist. Wenn es bei dieser ganzen knastkampagne auch wirklich um die knastleute ginge, aber für eine gruppe von leuten reduziert sich der ganze knast nur auf die rafinsassen. Kein wunder, daß die Leute keine lust haben, bei einer solchen kampagne mitzumachen. Denn die geringe beteiligung an den verschiede - nen aktionen ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß die leute angst haben oder sich nicht unmittelbar von der knastproblematik betroffen fühlen (bei jugendzentren- u.ä. kampagnen haben viele mitgemacht, ohne direkt davon betroffen zu sein!), sondern v.a. auch darauf, daß nur die beschissene lage der raf-häftlinge beklagt wird; unterdrükkungen, welche "einfache" häftlinge erfahren sind nur background. Die ganze solidaritätskampagne zur unterstützung d. politischen gefangenen (z.b. der fall kunzelmann) artet zu einer anbetung der "heiligen raf-familie" & deren religion aus, und wer es wagt, ihr zu widersprechen, der wird verdammt, exkommuniziert. Es ist auch kein wunder, daß eine solch eingeengte kampagne kaum resonanz bei der bevölkerung findet.

Zum Thema: beziehung der undogmatischen linken zur raf, wollte ich noch was sagen. Und zwar ging es in einem der letzten info's darum, wieso die raf innerhalb der undogmatischen linken so große "sympathie" genießt. Diese sog. sympathie beruht u.a. auch auf den tiefen schuldgefühlen, welche bei vielen undogmatischen linken vorhanden sind. Viele linke haben nämlich ein schlechtes gewissen, weil sie ihren theoretischen anspruch, die revolution zu machen, in der praxis bisher nicht einlösen konnten, und das ist wohl auf ihre ängstlichkeit zurückzuführen. (Dies ist wiederum darauf zurückzuführen, daß viele linke ein falsches verständnis von revolution haben & sich wohl auch noch nie genauer überlegt haben, was das heißt: revolution im spätkapitalistischen westdeutschland.) Wenn dann so mutige typen kommen, die mit der knarre in der hand im nu die revolution herbeizaubern wollen, dann hat man doch respekt vor solchen leuten (vor allem, wenn man selber nicht zu so was mut hat). Aber was bleibt da eigantlich noch von emanzipation, von selbst organisation übrig?

Zum thema gewaltaktionen. Es ist klar, daß es viele leute gibt, die unmittelbar & sehr hart der staatlichen unterdrückung ausgesetzt sind. es ist klar, daß dadurch eine starke motivation entsteht, sich gegen diese "gewalt von oben" zur wehr zu setzen. Aber die frage ist jetzt, wie man sich zur wehr setzt. Was wird dadurch erreicht, wenn einige leute, die sich durch die erfahrung am eigenen leibe einer unterdrückungssituation bewußt sind, unmittelbar "zurückhauen"? Klar, man wird erstmal sich seiner wut "entladen" haben, man wird dem gegner auch vielleicht mal ein bischen schaden zugefügt haben, aber hat man die bevölkerung (bzw. den teil, auf den es ankommt), für die man ja schließlich kämpft, mit dieser aktion überzeugt? Denn wenn mir bestimmte unterdrückungsmechanismen klar sind, dann kann ich noch nicht davon ausgehen, daß sie allen leuten bewußt sind, sie also verständnis für meine aktion hätten oder sie sogar unterstützen würden. Bei solchen aktionen kommt es nämlich darauf an, wie man es schafft, der bevölkerung den zweck solcher aktionen zu vermitteln, sodaß sie sich sagen kann: "Die jungs haben recht!" (wer von den linken hat nach aktionen wie die von drenckmann o.ä. staßeninterviews z.b. gemacht und ist dabei auf ein positives meinungsbild - also welches die aktion bejaht - gestoßen?) Ist ein teil der bevölkerung selber von etwas betroffen, dann sind aktionen in diesem zusammenhang, wie z.b. beim frankfurter häuserkampf, leicht vemittelbar. Oder wie in frankreich, italien, wo aktionen von einer breiten basis getragen werden & in einem konkreten zusammenhang stehen (z. b. betriebskampf) , und nicht wie bei der raf & co. , wo aktionen unter dem abstrakten beg iff "antiimperialistischer kampf" (bombenanschlag auf us-kaserne) sowie "antikapitalistischen kampf" laufen und dann kaufhäuser in brand gesteckt werden; wer kann solche aktionen schon nachvollziehen? Doch nur politisch schon aufgeklärte, und die habens ja nicht mehr nötig. Aber Hauptsache, es wird was gemacht, man kann sein politisches gewissen beruhigen (ich war wenigstens konsequent, hab meine kleinbürgerliche angst überwunden), hauptsache, man hat dampf abgelassen, aber bringt uns ein solches verhalten der vielbeschworenen "revolution" näher? Ich bin vom gegenteil überzeugt.

Ein schöneberger, aus der schweigenden spontimasse.

Ich habe dieses alles ziemlich spontan niedergeschrieben, es sind gedanken, die vielleicht nicht mit der realität übereinstimmen, oder schon von anderen ausgesprochen wurden, oder aber bei dem einen oder andern was in gange setzen.

es lebe die angstfreie kritik! Nieder mit der moralischen zensur!

(Was anderes: haben sich die spontis schon was zu den wahlen einfallen lassen? Wie wärs mit der intensiveren verbreitung der räte? der selbstorganisationsideen zu den wahlen, als alternative zum parlamentarismus (z.b. bedeutung der abberufbarkeit der delegierten beim rätesystem usw.)

Zur RAF-Diskussion im Info

in den letzten 10 infos standen hungerstreik und RAF ständig im mittelpunkt. es ist zwar sehr wichtig, sich breit mit der RAF auseinanderzusetzen, doch kann das nicht dazu führen, daß die RAF-Diskussion unsere politische ausrichtung so bestimmt wie in der letzten zeit, wir müssen dazu kommen, eine 'andere politik zu machen' (rk-frankfurt). d.h., sich zu überlegen und (hoffentlich auch so ausführlich im info zu diskutieren) zu praktizieren, etwa folgende probleme - im stadtteil - aufzugreifen:

+ ab 1.januar werden die 18jährigen volljährig, wie kann man hier etwa eingreifen, hilfestellung geben, bei der wohnungssuche helfen, überhaupt die scheinfreiheit dieses gesetzes breit aufzeigen?

+ das gleiche trifft zu für die v.a. in den bezirken wedding, kreuzberg und neukölln unter jugendlichen stark verbreitete jugendarbeitslosigkeit. wie kann man hier den jugendlichen helfen, wege suchen, daß sie geld vom amt bekommen (bekleidungsgeld usw.)

+ und wie treten wir dem problem der arbeitslosigkeit entgegen, etwa im stadtteil? bieten wir nur eine abstrakte ökonomische erklärung oder können wir praktisch eingreifen?

+ wie sind zur arbeitslosigkeit vorhandene initiativen wie z.b. der kpd (9 punkte-programm zur arbeitslosigkeit) einzuschätzen, wie ist ihre arbeit auf den arbeitsämtern, wie die resonanz?

wir glauben, es ist für unsere eigene arbeit sehr wichtig, die o.e. punkte und viele andere ebenso breit wie die RAF-diskussion in den mittelpunkt (auch des infos) zu rücken!!!

(neuköllner genossen)

Die Heidelberger Spontizeitung "Carlo Sponti" will sich in der Januarnummer schwerpunktmäßig mit Wohngemeinschaften beschäftigen.

Wenn ihr was aufgeschrieben habt, schickts an Jörgs Buchladen, Heidelberg, Marstallstr. und zwar bis zum 10.1.75

Suche billige Zweizimmerwohnung in Schöneberg. Tausche 1 Zim.Whg.

Zuschriften ans INFO

DRUGSTORE

In diesem Artikel berichten wir, was im Drugstore in letzter Zeit los war und was wir in Zukunft vorhaben.
Der Drugstore ist ein selbstverwaltetes Jugendzentrum, d.h. bei uns gibt es keinen Heimleiter, wir können selber bestimmen, was bei uns an Veranstaltungen, Gruppenarbeit usw. geschieht, wir verwalten unsere (sehr mageren) Finanzen selber. Alle Beschlüsse werden vom wöchentlichen Plenum gefaßt, an dem jeder teilnehmen kann.
Als sich die Situation im Drugstore immer mehr verschlechterte, machten wir ab Juni kein Programm mehr. Zu dieser Zeit kamen nur noch wenige Jugendliche in den Drugstore und die Aktiven waren auf ca.10 Leute zusammengeschmolzen. Die Übriggebliebenen überlegten, was man tun müsse, um das Jugendzentrum zu beleben. Wir erkannten, daß Selbstverwaltung im Jugendzentrum nicht nur heißt, seine eigenen Feten und seine eigenen Veranstaltungen zu machen, sondern hauptsächlich bedeutet, seine Interessen zu erkennen und selbst durchzusetzen. Ein Jugendzentrum funktioniert also, wenn sich Gruppen bilden, in denen wir Jugendlichen unsere wesentlichen Probleme angehen (Arbeitsplatz, Schule, Wohnen, Familie, Isolation der einzelnen usw.) und wenn von diesen Gruppen Aktionen ausgehen.
Als wir diskutierten, wie derartige Gruppen aufzubauen wären, wurde uns klar, daß Lehrlings-, Schüler- und Jungarbeitergruppen einfacher und besser an Schulen und Betrieben zu schaffen sind. In einem Jugendzentrum muß man die Interessen organisieren, die außerhalb des Betriebs- und Schulbereichs liegen. Deshalb haben wir eine Wohngruppe gegründet, weitere Gruppen mit neuen Leuten sollen folgen. Die Diskussion ist noch nicht beendet, wir haben aber am 8.11. trotzdem wieder eröffnet und werden in Zukunft ein regelmäßiges Programm haben mit Feten, Musikveranstaltungen, Theater; aber auch mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Wichtig ist, daß die bestehenden Gruppen funktionieren und sich noch neue bilden. All das können wir nicht alleine schaffen, sondern wir müssen im Drugstore noch viel mehr werden.
Deshalb ist jeder eingeladen, jeweils am Dienstag um 20[00] Uhr zum Plenum zu kommen.

SELBSTMORD - Frankfurter Richter in den Tod getrieben

Jäger solidarisieren sich nicht mit ihren Opfern

Bei dem Einen (Drenkmann) gab es eine unübersehbare Anzahl von Presseberichten, kein öffentliches Organ ließ es sich nehmen, zu feierlichen Beschwörungen der FdGO aufzurufen - als Krönung ein Staatsbegräbnis.
Dieser Tote erfüllte seinen Zweck, wurde zum Mittel, wurde zur Waffe gegen alle Frager und gegen die, die Widerstand leisten.
Dietmar Kupke, der seine richterliche Tätigkeit als einen Kampf gegen bürokratische und unmenschliche Strukturen und für sozialstaatliche Elemente innerhalb der Justiz auffaßte, wurde Opfer eines skrupellosen Kesseltreibens, dessen Sastem er in seinemn folgenden Darstellungen nur zu eindrucksvoll beschreibt.
Seine Beschreibung von richterlicher Unabhängigkeit und Rechtsprechung ruft gegenüber der offiziellen Phraseologie vom Rechtsstaat geballte Fäuste hervor.
Das Ziel wurde erreicht - Richter Kupke wurde zerbrochen - in den Tod getrieben.
Ein Opfer - nur Schweigen?
Jäger solidarisieren sich nicht mit ihren Opfern!!!

SAK-Jur

Das SAK-Jur hat eine Broschüre rausgegeben, in der die Repressionsmechanismen ausführlich in einem Interview mit Richter Kupke dargestellt sind, mit denen dieser Richter in den Tod getrieben wurde. Aus der Broschüre stammt auch dieser

Offener Brief der Ötv-Betriebsgruppe Gerichtsreferendare vom 13.12.74

Der Tod von Richter Dietmar Kupke erfüllt uns mit Verbitterung und Empörung. Dieser Demokratische und antifaschistische Richter, der es trotz seines Herzleidens auf sich nahm, neben seiner Richtertätigkeit an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität den Studenten Grundlagen auf dem Gebiet des praktischen Mietrechts zu vermitteln, genoß bei weiten Bevölkerungskreisen, Rechtssuchenden und seinen Kollegen hohes Ansehen. Sein beharrliches und unbestechliches Eintreten für die Einhaltung von Gesetz und Recht brachte ihm jedoch nicht die verdiente Anerkennung. Vielmehr führte die ihm eigene Sensibilität bei der Verhinderung von Rechtsbrüchen zu einem beispiellosen Kesseltreiben gegen ihn:
1.sein Einsatz für Justizreform und soziale Ausgestaltung des Mietrechts brachten ihm keine Anerkennung seitens seiner Dienstvorgesetzten, sondern führten zu persönlichen Nachteilen und Querelen,
2.sein öffentliches Eintreten für eine Entlastung der nach eigenen Worten überlasteten Vorsitzenden Richterin, um in einem NS-Prozeß die Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu wahren, brachten ihm die vorläufige Beurlaubung und zufällig auch ein Disziplinarverfahren ein. Dazu gesellten sich Gerüchte, wonach auf ihn Regreßkosten in Höhe von 1,1 Mio.DM zukommen könnten.
3.Bei seiner Aufforderung zur Stellungnahme im Rahmen des Disziplinarverfahrens häufte sich zufällig die ihm zugewiesene Dezernatsarbeit.

Freunden, Bekannten, Kollegen und Prozeßbeobachtern blieb eine zunehmmende Veränderung in der Person Dr.Kupkes nicht verborgen. Er schien in kurzer Zeit um Jahre gealtert. In dem massiven Vorgehen gegen den Menschen und Richter Kupke sehen wir einen außerordentlichen Verstoß gegen die Fürsorgepflicht durch die Dienstvorgesetzten und die Justizve waltung. Angesichts der uns nicht zufällig erscheinenden Tat von Dr.Kupke verlangen wir eine umfassende Information und Aufklärung der Öffentlichkeit über die Hintergründe, die zu seinem Tod geführt haben.

Ötv-Fachgr.Rechtsreferendare Ffm.

TERMINE

31.12.74: HAW-Fest
2. 1.75: Inforaum-Renovierung 2.Teil, 14.30 Uhr !!!!!
5. 1.75: Info-Redaktion im SZ, 18.00
8. 1.75: Mittwochsplenum, 19.30 Uhr
10. und 11.1.75: an beiden Tagen kostet das große Bier im Spatz nur 0,90 DM (kurfürstenstraße)
15. 1.75: Freibier in der Motzkiste (Hildegartstr.)

PRESSEMITTEILUNG:

betrifft: Prozesse gegen US-Soldaten!

Am Montag, dem 16.12. begann vor dem amerikanischen Militärgericht in Westberlin ein Prozeß gegen den Unteroffizier der US-Armee RICK SHADIONS. Der Soldat weigert sich seit 4 Monaten, zum Friseur zu gehen und seine Haare auf die von Vorgesetzten gewünschte Länge schneiden zu lassen. Die Anklage lautet auf Befehlsverweigerung; Shadion beruft sich dagegen auf das verfassungsmäßige Recht der persönlichen Freiheit. Mehr als 13oo US-Soldaten, rund ein Drittel der in Westberlin stationierten Amerikaner, haben sich in Unterschriften mit Shadions solidarisiert und gegen den Haarerlaß protestiert. Der Prozeß gegen den Unteroffizier ist der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Verhandlungen, ~~die~~ in denen insgesamt 6 Friseur unwillige abgeurteilt werden sollen. 2 von ihnen waren am jüngsten Streik in der McNair-Kaserne beteiligt, wo Soldaten gegen die Strafversetzung eines schwarzen GIs protestiert hatten.

Rückfragen bitte an:
GI-Counselling Center, Berlin 62
Herbertstraße 6 Tel. 781 56 68

erste Prozeßergebnisse:
Shadions: 2 Monate Haft mit schwerer Arbeit und 25o Dollar
2 andere GIs: 5 Monate(!!) und 225 Dollar pro Monat Haft!!!!
bzw: 2 Monate/125 Dollar pro Monat!

NÄCHSTE TERMINE:
27.12.1974 9 Uhr Saargemünder Straße, Haus 8
13. 1.1975 zur gleichen Zeit am gleichen Ort
beide Termine sind öffentlich!!!!!!

---

wir suchen immer noch eine 3 - 6 zimmerwohnung oder fabrik etage im wedding oder moabit auch teilgewerblich
heiner 7955013

---

musikkollektiv sucht in moabit oder im wedding übungsraum angebote an info-bug

---

welcher ehemalige musiker hat noch ein oder zwei 60 - 100 watt boxen zuhause stehen, die er günstig ver scherbeln will tel 4519672

INFO-BUG: 1-21 Stephanstr. 60
Tel.: 3958083
Mittwochs 19.30 Plenum
Sonntags ab 18.00 Redaktionssitzung

1-Zimmer-Wohnung mit Küche, Außenklo, Gasheizung, hell renoviert für 100,- bis 150,- DM kalt zu vermieten. Bitte nachfragen bei Heidi o. Wolfgang Kipper, 1-36(Kreuzberg), Liegnitzer Str. 17, Ladenwohnung. abends zwischen 18.00 und 20.00 Uhr)

Suche Job (Kinder-Schülerladen, Babysitten), Margit 612 71 63

Wir suchen dringend eine 6 - 8 Zi-Wohnung. Dafür haben wir 3 kleine Wohnungen zu vergeben:
1 2Zi-Kü-Bad(80 m2)
1 2Zi-Kü-Innentoilette
1 1Zi-Kü-Innentoilette-Gasheizung
Tel.: 612 11 30/ 612 25 44/ 618 18 19

In der Oranienstr.183 gibts Gewerberäume zu vermieten.

Für den 1.3.75 suchen wir einen männlichen Betreuer für die 3-4 jährigen unserer Gruppe 1. Wir sind ein Kreuzberger Sonderprojekt und betreuen Arbeiterkinder aus sog. sozial schwachen Familien. Vorherige Einarbeitung ist angebracht- bitte also sofort melden. Tel. 26 23 106 (Alfred)

INHALT